

Ramin Tehrani

Die „Smart Sanctions“
im Kampf gegen den Terrorismus und als
Vorbild einer präventiven Vermögensabschöpfung

Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für
ausländisches und internationales Strafrecht

Kriminologische Forschungsberichte

Herausgegeben von Hans-Jörg Albrecht
und Günther Kaiser

Band K 166



Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht

Ramin Tehrani

Die „Smart Sanctions“
im Kampf gegen den Terrorismus und als
Vorbild einer präventiven Vermögensabschöpfung



Duncker & Humblot • Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2014 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
c/o Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht
Günterstalstraße 73, 79100 Freiburg i.Br.

<http://www.mpicc.de>

Vertrieb in Gemeinschaft mit Duncker & Humblot GmbH, Berlin

<http://www.duncker-humblot.de>

Umschlagphoto: Studio Mierswa-Kluska, München

Druck: Stückle Druck und Verlag, Stückle-Straße 1, 77955 Ettenheim

Printed in Germany

ISSN 1861-5937

ISBN 978-3-86113-247-9 (Max-Planck-Institut)

ISBN 978-3-428-14409-9 (Duncker & Humblot)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706

Danksagung

Bedanken möchte ich mich bei meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Dr. h.c. *Hans-Jörg Albrecht* für die freundliche und engagierte Betreuung meiner Arbeit. Ebenso bedanke ich mich bei Herrn Professor Dr. *Walter Perron* für die zügige und ausführliche Erstellung des Zweitgutachtens.

Zu besonderem Dank bin ich Herrn Dr. *Michael Kilchling* verpflichtet, der mir während der Erstellung dieser Arbeit mit wertvollen Ratschlägen zur Seite stand.

Danken möchte ich auch Frau *Ulrike Auerbach* und Frau *Katharina John* für ihr Engagement und ihren Einsatz bei der Fertigstellung der druckfertigen Version meiner Arbeit.

Karlsruhe, im April 2014

Ramin Tehrani

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Einleitung

1. „Smart sanctions“ als neuer Ansatz einer vermögensbezogenen Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität	1
2. Gegenstand der Untersuchung	4
3. Gang der Untersuchung	5

Teil A Hintergrund, Zielsetzung und Konzept der „smart sanctions“ innerhalb der Vereinten Nationen und der EU

1. Terrorfinanzierung und vermögensbezogene Terrorismusbekämpfung	7
1.1 Die Bedeutung der Finanzmittel für den international agierenden Terrorismus	7
1.1.1 Finanzmittel als Grundbedingung des Terrorismus und als Ansatzpunkt der finanzbezogenen Terrorismusbekämpfung	7
1.1.2 Die Terrorfinanzierung am Beispiel der Al-Qaida-Organisation	10
1.1.2.1 Die Organisationsstruktur der Al-Qaida	10
1.1.2.1.1 Die Al-Qaida als transnationales Netzwerk	10
1.1.2.1.2 Die Al-Qaida zwischen Netzwerk und ideologischer Plattform	11
1.1.2.1.3 Fazit	13
1.1.2.2 Das Finanzvolumen der Al-Qaida vor den Anschlägen am 11.09.2001	14
1.1.2.3 Die einzelnen Finanzquellen des Al-Qaida-Netzwerkes und der islamistischen Terrororganisationen	16
1.1.2.3.1 Die dynamische Erschließung von Finanzquellen durch Terrorzellen	16
1.1.2.3.2 Die Einnahmen der Al-Qaida durch den Drogenhandel	17
1.1.2.3.3 Die Spendengelder der Al-Qaida und das „Zakah“	19
1.1.2.3.4 Der Gold- und Diamantenhandel	21
1.1.2.3.5 Finanzquellen aus weiteren kriminellen Aktivitäten	22
1.1.2.4 Die weitere Entwicklung der Al-Qaida – ein Ausblick	22
1.2 Die Organisation verdeckter Finanztransaktionen durch islamistische Terrororganisationen	23
1.2.1 Die Verteilung der Finanzmittel als weiteres Merkmal der Terrorfinanzierung	23

1.2.2 Die Nutzung informeller und formeller Transfersysteme durch terroristische Organisationen	24
1.2.2.1 Der informelle Transfer des Hawala-Systems	24
1.2.2.2 Formelle Transfersysteme zur Terrorfinanzierung	26
1.2.3 Der Bargeldschmuggel	26
1.3 Die Strategie der vermögensbezogenen Terrorismusbekämpfung	27
1.3.1 Ziele und Probleme der vermögensbezogenen Terrorismusbekämpfung	27
1.3.2 Die Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) und ihre Empfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	28
2. Die Entwicklung der „smart sanctions“ als Mittel der vermögensbezogenen Terrorismusbekämpfung	32
2.1 Die herkömmlichen Sanktionsmittel auf internationaler Ebene	32
2.1.1 Die Bedeutung der „(Wirtschafts-)Sanktion“ im völkerrechtlichen Kontext	32
2.1.2 Formen von Wirtschaftssanktionen	32
2.1.2.1 Kollektive Wirtschaftssanktionen	33
2.1.2.2 Sanktionsformen	33
2.1.3 Die Effizienz der herkömmlichen Wirtschaftssanktionen	34
2.2 Die „smart sanctions“	36
2.2.1 Entstehung und Bedeutung der „smart sanctions“	36
2.2.2 Der Einsatz der „smart sanctions“ zur Bekämpfung des Terrorismus gemäß Kapitel VII der UNCh	38
2.2.3 Die Besonderheit der „smart sanctions“ als politisches Sanktionsmittel im Kampf gegen den Terrorismus	41
3. Die UN-Terrorlisten	42
3.1 Die UN-Resolutionen als Ausgangspunkt der Terrorlisten	42
3.1.1 Die UN-Resolution 1373 (2001) und ihre Listung durch die Mitgliedsstaaten	42
3.1.1.1 Inhalt der UN-Resolution 1373 (2001) und ihre Verpflichtungen	42
3.1.1.2 Die UN-Resolution 1373 (2001) als abstrakt-generelle Regelung und ihre Rechtsfolge	44
3.1.1.3 Das Counter Terrorism Committee (CTC)	46
3.1.1.4 Fazit	48
3.1.2 Die UN-Listungen aufgrund der Resolution 1390 (2002)	49
3.1.2.1 Ursprung und Inhalt der UN-Resolution 1390 (2002)	49
3.1.2.2 Das Listungsverfahren nach UN-Resolution 1390 (2002)	52
3.1.2.3 Der Anwendungsbereich der Resolution 1390 (2002)	54

3.1.2.3.1	Der betroffene Personenkreis	54
3.1.2.3.2	Die Begrifflichkeit der finanziellen Ressourcen nach Resolution 1390 (2002)	55
3.1.2.4	Fazit	56
3.1.3	Die Taliban-Resolution 1988 (2011)	58
3.2	Rechtsgrundlage für den Erlass der „smart sanctions“ gemäß UN-Resolutionen 1373 (2001) und 1390 (2002)	59
3.2.1	Rechtmäßigkeit der Sanktionen nach Art. 41 UNCh	59
3.2.2	Die Problematik der Sanktionen gegenüber nichtstaatlichen Akteuren	62
3.3	Die Folgewirkungen der UN-Terrorlisten nach Resolution 1373 (2001) und 1390 (2002)	63
4.	Die EU-Terrorlisten	65
4.1	Entstehung	65
4.1.1	Die Bekämpfung des Terrorismus und deren Finanzierung als Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU	65
4.1.2	Vorbereitende Maßnahmen der EU zur Umsetzung der Resolution 1390 (2002) durch 2002/402/GASP	66
4.1.3	Vorbereitende Maßnahmen der EU zur Umsetzung der UN-Resolution 1373 (2001) durch 2001/930/GASP und 2001/931/GASP	67
4.1.4	Fazit	69
4.2	Die EG-VOen 2580/2001 und 881/2002 als Rechtsgrundlage für Individualsanktionen	70
4.2.1	Die EG-VO 2580/2001 als rechtliche Umsetzung der UN-Resolution 1373 (2001)	70
4.2.2	Die EG-VO 881/2002 als rechtliche Umsetzung der UN-Resolution 1390 (2002)	72
4.2.3	EU-Verordnung 753/2011 als rechtliche Umsetzung der Taliban-Resolution 1988 (2011)	73
4.3	Die Rechtsgrundlage für den Erlass der EG-VOen 881/2002 und 2580/2001	74
4.3.1	Artikel 60, 301, 308 EGV a.F. als Rechtsgrundlage für Individualsanktionen durch die EG	74
4.3.2	Rechtsgrundlage für Individualsanktionen nach dem Vertrag von Lissabon	75
4.4	Verfahren der Listungen nach EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	76
4.4.1	Listungsverfahren nach EG-VO 2580/2001	76
4.4.2	Das UN-determinierte Listungsverfahren nach EG-VO 881/2002	78
4.5	Die tatbestandlichen Voraussetzungen der Listung nach EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	79
4.5.1	Tatbestandsvoraussetzungen und Adressaten der Listungen nach EG-VO 2580/2001	79
4.5.2	Tatbestandsvoraussetzungen und Adressaten der UN-determinierten Listungen nach EG-VO 881/2002	82

4.6 Die Sanktionsfolgen der EU-Terrorlisten	83
4.6.1 Die Einfrierung der Finanzmittel	83
4.6.1.1 Herkunft der Einfrierung als Sanktionsmaßnahme	83
4.6.1.2 Die Einfrierung von „Geldern“ und „wirtschaftlichen Ressourcen“ nach EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	84
4.6.1.3 Rechtlicher Umfang der Einfrierungsmaßnahmen	86
4.6.1.4 Rechtliche Folgewirkungen der Einfrierung für privatrechtliche Verträge und gelistete juristische Personen	88
4.6.2 Das Bereitstellungs- und Umgehungsverbot als Sanktionsbefehl gegenüber Dritten	90
4.6.2.1 Das Bereitstellungsverbot der EG-VOen 881/2002 und 2580/2001	90
4.6.2.2 Das Umgehungs- und Förderverbot	92
4.6.3 Die Ausnahmeregelungen zu den Sanktionen nach EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	93
4.6.3.1 Bedeutung und Reichweite der Ausnahmeregelungen	93
4.6.3.2 Das Antragsverfahren bei Ausnahmeerteilung	96
4.6.3.3 Fazit	97
4.6.4 Mittelbare Folgewirkungen der Listungen nach EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	98
4.7 Folgewirkungen der EG-VOen für Unternehmen und Firmen, die in Geschäftskontakt mit gelisteten Personen stehen	99
4.7.1 Der Anwendungsbereich der EG-VOen 2580/2001 und 881/2002 für Firmen und juristische Personen	99
4.7.1.1 Auswirkungen des Sanktionsbefehls der EG-VOen 2580/2001 und 881/2002 für Finanzinstitute und Unternehmen	99
4.7.1.1.1 Das Bereitstellungs- und Umgehungsverbot	99
4.7.1.1.2 Die Mitteilungspflicht der Unternehmen	101
4.7.1.2 Folgeprobleme für Unternehmer im Zusammenhang mit der Befolgung der EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	102
4.7.1.3 Zu treffende Vorkehrungen der Unternehmen zur Vermeidung von Verstößen	103
4.7.2 Folgen eines Verstoßes gegen die EG-VOen 2580/2001 und 881/2002 für Handelspartner und Firmen	104
4.7.2.1 Die Sanktionsvorschrift des § 34 AWG als strafrechtliche Konsequenz von Verstößen gegen EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	104
4.7.2.1.1 Verstoß gegen die Blankettvorschrift des § 34 Abs. 4 AWG	104
4.7.2.1.2 Die Verbrechenqualifikation des § 34 Abs. 6 AWG und der Fahrlässigkeitstatbestand gemäß § 34 Abs. 7 AWG	106

4.7.2.2	Als Ordnungswidrigkeit eingestufte Verstöße gegen das AWG und ihre unternehmensbezogenen Folgewirkungen	107
4.7.2.2.1	Ordnungswidrigkeiten nach § 130 und § 30 OWiG	107
4.7.2.2.2	Unternehmenswirksame Folgewirkungen von Ordnungswidrigkeiten nach § 130 und § 30 OWiG	107
4.7.3	Fazit	108
4.8	Nationale Auffangvorschriften in Deutschland außerhalb des Anwendungsbereichs der EG-VOen 2580/2001 und 881/2002	110
5.	Rechtsschutz gegen „smart sanctions“	112
5.1	Rechtsschutzmöglichkeiten auf UN-Ebene	112
5.1.1	Gerichtlicher Rechtsschutz vor dem Internationalen Gerichtshof	112
5.1.2	Das De-Listing-Verfahren durch Einrichtung des „Focal Point“ nach UN-Resolution 1730 (2006)	113
5.1.2.1	Das De-Listing-Verfahren vor Erlass der UN-Resolution 1730 (2006)	113
5.1.2.2	Das De-Listing-Verfahren nach Erlass der UN-Resolution 1730 (2006)	113
5.1.3	Fazit	115
5.2	Rechtsschutz gegen GASP-Beschlüsse der EU	115
5.2.1	Rechtsschutz gegen GASP nach dem alten EU-Vertragswerk (AEUV)	115
5.2.2	Rechtsschutz gegen GASP nach dem neuen EU-Vertragswerk (AEUV)	118
5.3	Rechtsschutz der Betroffenen auf EG-Ebene	118
5.3.1	Nichtigkeitsklagen gegen Individualsanktionen (EG-VOen 881/2002 und 2580/2001) nach EGV a.F.	118
5.3.2	Nichtigkeitsklagen gegen Individualsanktionen (EG-VOen 881/2002 und 2580/2001) nach Art. 263 AEUV	119
5.3.3	Die Prüfungskompetenz europäischer Gerichte im Rahmen der EG-VO 881/2002	119
5.3.4	Die Prüfungskompetenz europäischer Gerichte im Rahmen der EG-VO 2580/2001	124
5.3.4.1	Die Prüfungskompetenz der Gerichte gegenüber Ratsbeschlüssen nach EG-VO 2580/2001	124
5.3.4.2	Die inzidente Prüfungsberechtigung bezüglich der Gemeinsamen Standpunkte im Rahmen von Listungsbeschlüssen nach EG-VO 2580/2001	125
5.3.4.3	Die Prüfung der Individualsanktionen gemäß EG-VO 2580/2001 am Maßstab des Gemeinsamen Standpunktes 2001/931/GASP	127
5.3.5	Die Vereinbarkeit der EG-VOen 2580/2001 und 881/2002 mit den europäischen Grundrechtsprinzipien	128

5.3.5.1	Vereinbarkeit der EG-VOen 2580/2001 und 881/2002 mit dem Recht auf Eigentum gemäß Art. 12 EU-GRCharta	128
5.3.5.1.1	Die Eingriffsqualität der „smart sanctions“ gegenüber den Betroffenen	128
5.3.5.1.2	Rechtfertigung der „smart sanctions“ als Eingriffsmaßnahme in das Eigentumsrecht	129
5.3.5.2	Die Vereinbarkeit der EG-VOen 2580/2001 und 881/2002 mit dem Recht auf faires Verfahren nach Art. 47 EU-GRCharta	130
5.3.6	Fazit: Cui Bono?	134
5.4	Rechtsschutz auf nationaler Ebene	137
5.5	Rechtsschutz Dritter nach Art. 263 AEUV	138
6.	Abschließende Bewertung: Die „smart sanctions“ als rechtsstaatliches Mittel zur Bekämpfung der Terrorfinanzierung?	140
Teil B	Ausmaß und Effektivität der „smart sanctions“ am Beispiel der Terrorlisten	
1.	Personelles Ausmaß der Listungen	143
1.1	Anzahl der betroffenen Personen und Organisationen aufgrund der UN-determinierten Listen nach EG-VO 881/2002	143
1.2	Anzahl der betroffenen Personen und Organisationen aufgrund EG-VO 2580/2001	145
2.	Ausmaß der eingefrorenen Vermögenswerte aufgrund der „smart sanctions“	146
2.1	Die Einfrierungen von Vermögenswerten weltweit	146
2.2	Die Einfrierungen von Vermögenswerten in Deutschland	148
3.	Effektivitätshindernisse der „smart sanctions“	149
3.1	Betriebswirtschaftlicher Aufwand	149
3.2	Mangelnde Effektivität der Finanzsanktionen im Hinblick auf transnationale Terrornetzwerke	150
3.3	Umsetzungsschwierigkeiten der Mitgliedsstaaten	152
4.	Die „smart sanctions“ im Kontext eines empirischen und politischen Rechtfertigungsversuchs	153
4.1	Die Beurteilung der „smart sanctions“ aufgrund empirischer und rationaler Wirksamkeitserwägungen	153
4.2	Die Praktikabilität der „smart sanctions“ als vermögensbezogener Ansatz zur Kriminalitätsbekämpfung	155

Teil C Die Sanktionsmechanismen der „smart sanctions“ als Vorbild einer neuen vermögensbezogenen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität?

1. Gemeinsamkeiten der Organisierten Kriminalität und des transnationalen Terrorismus	157
1.1 Bedeutung der Organisierten Kriminalität	157
1.1.1 Struktur der Organisierten Kriminalität	157
1.1.2 Umfang und Ausmaß der Aktivitäten der Organisierten Kriminalität	159
1.2 Strukturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Organisierter Kriminalität und transnationalem Terrorismus	160
1.3 Schlussfolgerung für einen gemeinsamen Bekämpfungsansatz	162
2. Vermögensbezogene Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland	164
2.1 Die effektive Finanzermittlung als Voraussetzung einer effektiven Vermögensabschöpfung	164
2.1.1 Die Professionalisierung der Finanzermittlung in den Ländern	164
2.1.2 Die Durchführung der Finanzermittlungen	166
2.1.2.1 Finanzermittlungen im Rahmen der StPO	166
2.1.2.2 Unterstützende Finanzermittlungen durch die Finanzbehörden	168
2.1.2.3 Die Anzeigeverpflichtung nach dem Geldwäschegesetz (GWG)	168
2.2 Der Geldwäscheparagraf nach § 261 StGB als vermögensbezogener Ansatz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität	169
2.2.1 Das geschützte Rechtsgut durch § 261 StGB	169
2.2.2 Der Zusammenhang zwischen „Gegenstand“ und der „Vortat“ im Sinne des § 261 StGB als Hauptanwendungsproblem der Praxis	171
2.3 Der Verfall nach § 73 StGB	173
2.3.1 Der Verfall gemäß § 73 StGB und seine Voraussetzungen	174
2.3.1.1 Der Verfall des Erlangten gemäß § 73 Abs. 1 S. 1 StGB	174
2.3.1.1.1 Die rechtswidrige Tat	174
2.3.1.1.2 Aus der Tat „etwas erlangt“	174
2.3.1.1.3 Das Unmittelbarkeitsprinzip des § 73 Abs. 1 S. 1 StGB als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal	176
2.3.1.1.4 Ausnahmeregelung gemäß § 73 Abs. 1 S. 2 StGB	177
2.3.1.2 Verfall der Nutzungen und Surrogate gemäß § 73 Abs. 2 StGB und der Verfall des Wertersatzes nach § 73a StGB	177
2.3.1.3 Verfall bei Handeln für einen anderen und bei Eigentum Dritter gemäß § 73 Abs. 3, Abs. 4 StGB	178
2.3.1.3.1 Handeln für einen anderen gemäß § 73 Abs. 3 StGB	178
2.3.1.3.2 Der Dritteigentümergefall gemäß § 73 Abs. 4 StGB	179
2.3.2 Der erweiterte Verfall gem. § 73d StGB	180

2.3.2.1	Voraussetzungen des erweiterten Verfalls	180
2.3.2.2	Der erweiterte Verfall als praktikable Beweiserleichterung?	181
2.4	Die Einziehung und die erweiterte Einziehung nach §§ 74 und 74a StGB	182
2.4.1	Die Einziehung nach § 74 StGB	182
2.4.2	Die erweiterte Einziehung gemäß § 74a StGB	183
2.5	Der erweiterte Verfall und die erweiterte Einziehung bei Straftaten nach § 129 und § 129a StGB	183
2.6	Vermögensabschöpfung durch Verzicht	185
2.7	Die vorläufige Sicherstellung von Gegenständen gemäß §§ 111b ff. StPO	186
2.7.1	Allgemeines	186
2.7.2	Die Sicherstellung durch Beschlagnahme gemäß §§ 111b Abs. 1 und 111c StPO	186
2.7.2.1	Voraussetzungen	186
2.7.2.2	Durchführung der Beschlagnahme nach §§ 111b Abs. 1 und 111c StPO	187
2.7.3	Sicherstellung durch dinglichen Arrest	188
2.7.3.1	Voraussetzung	188
2.7.3.2	Die Durchführung des Arrests	188
2.7.4	Die zeitliche Grenze des § 111b Abs. 3 StPO n.F.	189
2.8	Die Vermögensbeschlagnahme nach § 443 StPO	190
2.9	Vermögensabschöpfung nach dem UWG, TKG und dem OWiG	191
2.10	Die Schwächen der vermögensbezogenen Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland	193
2.10.1	Die Problematik des Geldwäschetatbestands	193
2.10.2	Die Problematik der Gewinnabschöpfung in Deutschland	195
2.10.3	Fazit	196
3.	Die Vermögenseinfrierung der „smart sanctions“ als Vorbild einer präventiv-polizeilichen Vermögensabschöpfung in Deutschland	197
3.1	Präventive Gewinnabschöpfung in Deutschland	197
3.1.1	Entstehung und Zielsetzung der „Präventiven Gewinnabschöpfung“ (Osnabrücker Modell)	198
3.1.2	Voraussetzungen der „Präventiven Gewinnabschöpfung“ nach dem Osnabrücker Modell	201
3.1.2.1	Formelle Voraussetzungen	201
3.1.2.2	Materielle Voraussetzungen der „Präventiven Gewinnabschöpfung“	201

3.1.2.2.1	Sicherstellung von Gegenständen zum Schutz des Eigentümers vor Verlust bzw. Beschädigung der Sache	201
3.1.2.2.2	Die Beschlagnahme von Gegenständen zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr	202
3.2	Präventive Vermögenseinfrierungen nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 PolG Ba.-Wü. als konzeptionelle Weiterentwicklung des Osnabrücker Modells	204
3.2.1	Die Beschlagnahme nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 PolG Ba.-Wü.	204
3.2.2	Rechtsfolgen bei der Beschlagnahme von Sachen und Vermögenswerten nach § 33 PolG Ba.-Wü.	206
3.3	Konzeptionelle Gemeinsamkeiten der präventiven Vermögenseinfrierung in Baden-Württemberg und der Sanktionsform der „smart sanctions“	208
3.3.1	Die „smart sanctions“ als Maßnahme der Gefahrenabwehr im Unterschied zur „klassischen“ Gewinnabschöpfung nach §§ 73 ff. StGB und § 111b StPO	208
3.3.2	Die präventive Vermögenseinfrierung in Baden-Württemberg als deutsche Variante der „smart sanctions“?	209
3.4	Fazit	210
4.	Die Einfrierung von Finanzen als Mittel zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in Deutschland?	211
4.1	Tatbestandlicher Anwendungsbereich des § 33 Abs. 1 Nr. 3 PolG Ba.-Wü. im Rahmen der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität	211
4.2	Die – unterschiedlichen – Anwendungsbereiche des § 33 PolG Ba.-Wü. und des § 111b StPO	212
4.3	Vorteile der präventiven Vermögenseinfrierung	213
4.4	Fazit	215
5.	Rechtliche Bedenken gegenüber der „Präventiven Gewinnabschöpfung“ und der polizeilichen Vermögenseinfrierung	216
5.1	Rechtliche Bedenken gegenüber der „Präventiven Gewinnabschöpfung“ nach dem Osnabrücker Modell	216
5.2	Rechtliche Bedenken der Vermögenseinfrierung nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 PolG Ba.-Wü. in Bezug auf eine polizeiliche Beweislastumkehr	218
Teil D	Die polizeilichen Vermögenseinfrierungen als politische Gefahrenabwehr – eine abschließende Betrachtung	223
	Literaturverzeichnis	227
	Anhang: Abbildungen	249